



*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,*

zwei Wochen Herbstferien in NRW und gleichzeitig zwei Sitzungswochen in Berlin, die es in sich hatten. Da fühlt es sich fast wie Luxus an, wenn die Mama am Wochenende Besuch von der Familie bekommt! Denn das Tempo, in dem Gesetze verhandelt werden, hat noch einmal zugelegt und die Stimmung wirkt etwas angespannt. Ist ja auch klar, es naht die Halbzeitbilanz und bis dahin möchten wir einige Dinge abschließen. Über die Hälfte der vereinbarten Vorhaben haben wir auf jeden Fall umgesetzt, so viel steht fest.

Zu dem für uns „normalen“ Geschäft kamen Anfang Oktober dann noch die Meldungen, dass die Türkei in Syrien einmarschiert und in Halle ein rechtsextremer Terrorist versucht, eine Synagoge zu stürmen. Als ich davon hörte, konnte ich nur nach Luft schnappen. Ich bin erschüttert und frage mich: Was ist los mit den Menschen in der Welt? Haben wir nichts dazugelernt? Doch solch furchtbare Vorfälle sollten uns Demokraten zusammenschweißen. Wir müssen besonnen bleiben und uns nächste Schritte genau überlegen. Es bringt niemandem etwas, nach Vergeltung zu schreien.

---

## ***Wohngeldreform beschlossen***

Mehr Geld für mehr Menschen – so kann man die Wohngeldreform, die wir letzte Woche im Bundestag beschlossen haben, kurz und knackig zusammenfassen. Das ist angesichts explodierender Mieten auch dringend nötig.

Das Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss zu den Wohnkosten für einkommensschwache Bürger. Durch die Reform haben ab dem 1. Januar 2020 mehr Menschen Anspruch auf die Leistung und gleichzeitig gibt es höhere Zuschüsse. Ein Beispiel: Ein Zwei-Personen-Haushalt würde heute etwa 145 Euro monatlich erhalten. Durch das Gesetz steigt der Betrag auf knapp 190 Euro.

Darüber hinaus erhalten Menschen in Regionen mit besonders hohen Mieten künftig einen höheren Zuschuss als Menschen in Regionen mit sehr geringen Mieten. Das Geld wird also bedarfsgerecht und nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt!

## *Grundsteuer für Kommunen bleibt erhalten*

Letzte Woche haben wir eine der längsten Verhandlungen der vergangenen Jahre beendet und endlich die Reform der Grundsteuer verabschiedet. Die Kommunen erhalten auch künftig die Einnahmen aus der Steuer, die in Straßen, Schulen und weitere öffentliche Infrastruktur fließen.

Das Reformmodell unseres Finanzministers Olaf Scholz sieht nun folgendermaßen aus: Die Höhe der Steuer hängt vor allem von zwei Dingen ab. Einerseits dem Wert des Grundstücks und andererseits der durchschnittlichen Miete in der Region. Die Lösung ist sozial gerecht: Für ein Haus in beehrter Lage in Düsseldorf fällt dadurch mehr Grundsteuer an als für eine Wohnung in Eving.

Was bedeutet das nun für die Mieter, die die Steuer über die Nebenkosten bezahlen? Grundsätzlich wird sich für die Mieter nicht so viel ändern. Es wird lediglich einige Verschiebungen geben: Mehr Grundsteuer für sehr gute Lagen, weniger Grundsteuer in weniger beliebten Gegenden.

Über diese Reform hinaus wollen wir an das Thema Umlage der Grundsteuer noch einmal ganz grundsätzlich heran. Unser Ziel: Vermieter sollen die Steuer nicht bzw. nur stark eingeschränkt an die Mieter weitergeben dürfen!

---

## *Einmarsch der Türkei in Syrien*

Anfang Oktober hat die Türkei Nordsyrien bombardiert und türkische Truppen sind in die Region einmarschiert. Offiziell, um eine Terrorbedrohung an der Grenze zu Syrien zu verhindern. Es liegt nahe, dass es Erdogan vor allem darum ging, die Kurden aus ihren Gebieten in Syrien zu vertreiben. Was die Türkei gemacht hat, ist eine Invasion und ein Bruch des Völkerrechts! Wie so oft, leiden unter einer solchen Auseinandersetzung vor allem unschuldige Zivilisten. Über 200.000 Menschen sind bereits auf der Flucht. Es ist natürlich eine gute Nachricht, dass es nun eine dauerhafte Waffenruhe gibt und das Blutvergießen vorerst gestoppt wurde. Ein dicker Wermutstropfen ist aber, dass viele Kurden nun tatsächlich ihre Heimat verlassen müssen.

Daher kann uns die aktuelle Situation nicht zufriedenstellen. In Gesprächen und auf den Wegen der Diplomatie wird es darum gehen, unter Einbeziehung der Kurden dauerhaft für Frieden in der Region zu sorgen. Ob der Zick-Zack-Kurs des US-Präsidenten, der nun doch wieder Soldaten nach Syrien schicken will, dabei hilfreich ist, darf bezweifelt werden.

Unüberlegt fand ich den Vorschlag der Verteidigungsministerin zur Errichtung einer Schutzzone in Syrien. Denn zum einen braucht es dafür ein Mandat des UN-Sicherheitsrates, in dem eine Mehrheit aber überhaupt nicht absehbar ist. Zum anderen würden wir auf diese Weise Erdogans Ziel, die Bevölkerung in der Grenzregion auszutauschen, legitimieren.

---

## *Papierkram abbauen*

Bürokratie ist lästig, an vielen Stellen aber auch notwendig. In einigen Branchen gibt es z. B. die Pflicht, genau aufzuschreiben, von wann bis wann ein Beschäftigter gearbeitet hat. Das ist unerlässlich, denn nur

so kann der Mindestlohn kontrolliert werden! Bundeswirtschaftsminister Altmaier (CDU) würde solche Regelungen hingegen gerne abschaffen und auf diese Weise Arbeitnehmerrechte aufweichen.

Klar ist: Das ist mit der SPD nicht zu machen! Wir gehen stattdessen einen anderen Weg. Denn natürlich gibt es auch unnötigen Papierkram, der niemandem etwas nützt. An diese Themen gehen wir ran und entlasten Unternehmen um 1,1 Milliarden Euro! Ein Beispiel: Ist ein Arbeitnehmer krank, muss er künftig nicht mehr den „Gelben Schein“ beim Arbeitgeber und der Krankenkasse vorlegen. Stattdessen läuft das Ganze automatisch und elektronisch. Davon profitieren am Ende drei Seiten: Unternehmen, deren Beschäftigte und die Umwelt.

Hier könnt ihr euch meine Rede zu diesem Thema anhören: <https://dbtg.tv/fvid/7396661>

---

## *Diskussionen um Tempolimit 130*

Für Aufregung gesorgt hat ein Antrag der Grünen bzgl. eines Tempolimits von 130 km/h auf deutschen Autobahnen. Auch wir befürworten ein solches Limit, dazu gibt es einen entsprechenden Parteitagbeschluss. Manch einer war erstaunt, weil wir den Antrag dennoch ablehnten. Aber genau das wollen die Grünen erreichen – die SPD vorführen.

Es ist ein beliebtes Mittel der Opposition, Anträge zu stellen, die der Beschlusslage der SPD entsprechen. Dabei wissen sie natürlich genau, dass wir ihrem Antrag nicht zustimmen können, wenn wir uns innerhalb der Koalition zu dem Thema noch nicht einig sind. Das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart und daran halten wir uns auch. Ohne feste Absprachen kann die Arbeit in einer Koalition nicht funktionieren!

Noch eine Anmerkung zu den Grünen: Sie haben in keinem der Länder, in denen sie mitregieren, bisher ein Tempolimit umgesetzt. Auch in den Sondierungen zu einer „Jamaika-Koalition“ nach der Bundestagswahl 2017 konnten sie das Thema nicht durchsetzen.

Ich kann euch versichern, dass wir die Einführung eines Tempolimits auf der Agenda haben. Wir werden im nächsten Jahr den Druck auf unseren Koalitionspartner noch einmal erhöhen und versuchen, ihn zum Einlenken zu bewegen.

---

So, jetzt ab nach Hause. Denn morgen bin ich schon wieder beim 50-jährigen Jubiläum des Ortsvereins Scharnhorst-Ost zu Gast. Am Montag treffe ich die neue Geschäftsführerin des Diakonischen Werkes und am Dienstag heißt es dann erneut „Poschmann, Pils und Politik“ – dieses Mal mit Matthias Miersch. Dazu hatte ich euch in der letzten Ausgabe meiner Info-Post bereits herzlich eingeladen. Ich freue mich auf viele bekannte Gesichter und einen diskussionsfreudigen Abend!

Sonntag drücken wir die Daumen für die Genossinnen und Genossen in Thüringen bei der dortigen Landtagswahl. Und heute gibt es die letzte Chance, den neuen Parteivorsitz zu wählen. Wichtig ist mir, dass die neue Spitze dann auch von allen akzeptiert wird. Ob sie mir passt, oder nicht, Mehrheitsentscheidungen sollten mitgetragen werden. „Gemeinsam volle Kraft voraus“ muss das Motto sein!

Bis bald,

eure

*Sabine*